

Rede im Landtagsplenum 18.07.2012 -

Top 9

CDU-Antrag Unterstützung für Griechenland – Drs. 15/1516

SPD-Antrag Partnerschaft mit Griechenland - Drs. 15/1585

Bericht der Landesregierung über aktuelle europapolitische Themen

Drs. 15/ 1706

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Unterstützung für Griechenland – Ne, Ne, Ne!

Das war Griechisch und bedeutet auf deutsch: Ja,Ja, Ja!

Das Anliegen der beiden Antragsteller für diese Debatte hat unsere volle Unterstützung! Und das dritte Ja signalisiert unseren Respekt vor dem informativen Leistungsnachweis des Ministers für Europa und internationale Angelegenheiten. Zusammen mit dem Bericht der Landesregierung über aktuelle europapolitische Themen beraten wir als Landtag damit heute über die konkreten Auswirkungen und Auswege aus der Staatsschuldenkrise, der Bankenkrise und der Wirtschaftskrise. Und das ist gut so. Denn wir müssen als Parlament einfordern, dass die Europapolitik mit ihren Kriseninstrumenten aber auch mit ihrer Zukunftsplanung für die Zeit von 2014 – 2020 unter starker demokratischer Mitwirkung und Kontrolle stattfindet. Das Land hat im Bundesrat bei wichtigen europapolitischen Entscheidungen mitzubestimmen. Zuletzt war dies vor zwei Wochen der Fall, als die grün-rote Regierung dem Fiskalpakt und dem ESM zugestimmt hat. Wenn heute einige Regierungen der Eurozone nur intergouvernemental zusammenarbeiten, **ohne** dass das Europäische Parlament eingebunden ist, dann brauchen wir eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft Europas. Denn in **dem Maße**, wie beim Euro-Krisenmanagement in den letzten Monaten nationale Kompetenzen an die europäische Ebene abgegeben wurden, **in dem selben Maße** müssen wir auf nationaler Ebene dafür sorgen, dass die Parlamente und die Zivilgesellschaft, die Bevölkerung, die Europäerinnen und Europäer auf dem Weg aus der Krise und in ein neu konstituiertes Europa beteiligt werden.

Griechenland hat sich trotz der verheerenden Auswirkungen der Krise bei der letzten Präsidentschaftswahl **für Europa** und **für den Euro** entschieden. 80% aller Griechen sprechen sich für den Euro und gegen den Ausstieg aus der Eurozone aus.

Das breite griechische Regierungsbündnis aus Konservativen, Sozialisten und der Demokratischen Linken bittet nun die EU, die harten Auflagen des Sparprogramms um zwei Jahre zu strecken .

Diese Zeit sollten wir dem Land zur Stabilisierung geben, meine Damen und Herren. Eine Verlängerung für den Reformzeitplan darf allerdings kein Blankoscheck sein, die Konsolidierungsziele zu vernachlässigen.

Die Troika aus Kommission, EZB und IWF hat nun bei ihrer Prüfung festgestellt, dass Griechenland erst knapp ein Drittel der Reformmaßnahmen umgesetzt hat.

Gerade deshalb braucht das Land jetzt **nicht Daumenschrauben sondern Zeit**.

Denn bisher gehen die Milliardenkredite aus dem Rettungsschirm EFSF an **den Menschen vorbei!**

Nur ein kleiner Teil fließt überhaupt in die Haushalte der Krisenstaaten. Der größte Teil der Hilfsprogramme dient vor allem der **Stabilisierung der Banken**. Bezahlt wird für die Rekapitalisierung und Abwicklung maroder Banken und für die Ablösung alter Kredite zu teuren Zinsen– und das nicht zuletzt auch **im Interesse deutscher Anleger**.

Konkret haben die EU-Finanzminister der Eurogruppe nach Meldungen der Financial Times vom 18.7. in der letzten Woche für Griechenland 1 Milliarde Euro aus dem EFSF freigegeben, allerdings mit Sperrvermerk.

Die griechische Regierung kann das Geld nicht nutzen, um offene Rechnungen zu zahlen, sondern muss 900 Millionen davon, also 90 Prozent, im Herbst in den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM einzahlen.

Deshalb sollte die Troika mit der neuen griechischen Regierung eine Neufassung der Fristen und Ziele des zweiten Sparpaktes aushandeln: Beide Seiten müssen sich bewegen.

So kommt Europa Schritt für Schritt voran.

Wir begrüßen es sehr, dass EU und IWF nun offensichtlich zu Erleichterungen für Griechenland bereit sind. Konkret geht es um Zinssenkung für den griechischen Schuldendienst. Außerdem wird eine Verlängerung der Laufzeiten für die Kredite diskutiert. Die Europäische Zentralbank (EZB) und der IWF sind nach dem Schuldenschnitt die größten Gläubiger Griechenlands. Sie haben es in der Hand, die

Bedingungen für den griechischen Schuldendienst zu gestalten. Im August ist eine Zinszahlung an die EZB in Höhe von 3,9 Milliarden Euro fällig. Daher ist es auch in deren Interesse, dass Griechenland weiter zahlungsfähig bleibt.

Die einseitig auf Einsparen ausgerichtete Politik der letzten Jahre hat die Krisenländer im Euroraum, und hier allen voran Griechenland, immer tiefer in die Krise geführt und droht sie zu strangulieren. Folge davon sind Massenarbeitslosigkeit vor allem junger qualifizierter Menschen, Insolvenzen, zunehmende Armut, Angst in der Bevölkerung und ein erheblicher Zulauf für offen extremistische und nazistische Parteien. Die Selbstmordrate in Griechenland ist in den letzten beiden Jahren um 40 Prozent gestiegen.

So richtig die Sparauflagen und Strukturanpassungen sind – **sie dürfen nicht zum Totsparen führen**. In den letzten zwei Jahren des Rettungspakets gab es einen dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Abschwung in Griechenland, Tausende von Unternehmen wurden in der Folge geschlossen. In Griechenland herrscht die größte Hungerwelle seit dem zweiten Weltkrieg: 400.000 Menschen werden von der Kirche ernährt. Eltern bringen ihre Kinder in SOS-Kinderdörfer, weil sie ihnen nichts zu essen geben können.

Das ist ein Skandal!

Die Instrumente des bisherigen Krisenmanagements sollen nach den Beschlüssen des letzten Krisengipfels nun flankiert werden durch die längst überfälligen Impulse für nachhaltiges Wachstum, für Investitionen, Beschäftigung und sozialverträgliche Wirtschafts- und Fiskalpolitik.

Griechenland muss diese Impulse zum Wiederaufbau nun auch nutzen können.

Griechenland und die anderen Krisenstaaten brauchen Europas Solidarität. Und wenn wir als Land Baden-Württemberg dazu beitragen können, Griechenland wieder Hoffnung und Perspektive zu geben, dann sollten wir das auch im Kleinen auf unserer Ebene tun!

Die Stellungnahme aus den Ministerien zum derzeitigen Stand der Beziehungen Baden-Württemberg – Griechenland geben allerdings alles andere als Anlass zur Euphorie.

Im Vergleich zur Kooperation mit anderen europäischen Nachbarstaaten im Rahmen der „kleinen Außenpolitik“ des Landes - etwa mit den Vier Motoren oder im Rahmen der beginnenden Zusammenarbeit mit den Donauländern, die im vorliegenden Bericht der Landesregierung eindrücklich umrissen werden– **im Vergleich damit ist die Griechenland-Bilanz unterm Strich mehr als ernüchternd.**

Auf Regierungs- und Verwaltungsebene gibt es keine gewachsenen Strukturen zwischen Baden-Württemberg und Griechenland. Abgesehen von einigen Hochschulkooperationen und virtuellen Schulpartnerschaften zwischen griechischen und baden-württembergischen Schulen bestand offensichtlich bisher kein ausgeprägtes Interesse an einer engeren Zusammenarbeit.

Schauen wir uns einmal an, wo die Ressourcen und damit Kooperationsmöglichkeiten Griechenlands liegen:

Die wichtigsten Wirtschaftssektoren des Landes sind die Landwirtschaft, der Tourismus, das Baugewerbe und die Schifffahrt.

Immerhin war Deutschland weltweit im Jahr 2010 wichtigster Außenhandelspartner Griechenlands: Textilien und Bekleidung, Nahrung, Erdölprodukte, Tabak, Olivenöl, Obst, Zement, Tomatenprodukte und Aluminium – das sind die Exportprodukte, die Griechenland auf unserem Markt absetzt.

Zweiter wichtiger Wirtschaftsfaktor für Griechenland ist Tourismus, der jährlich mehr als 18 Prozent des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet.

Insgesamt rund 14 Millionen Touristen sorgen jährlich für ca. 700 000 Arbeitsplätze. Auch in diesem Bereich sind wir Deutschen bisher Spitzenreiter : abwechselnd mit Großbritannien liegt Deutschland auf Platz eins der griechischen Einreisestatistik der letzten Jahre.

Allerdings führten dieses Jahr die Krise und der Klimawandel mit einem extrem heißen Sommer zu einem Einbruch im Tourismus: Um 45 Prozent ist der deutsche Griechenlandtourismus seit Februar eingebrochen.

Für Investitionen unserer mittelständischen Wirtschaft ist Griechenland bisher scheinbar uninteressant. Aber dies können wir ändern. Denn im Bereich der

Förderung erneuerbarer Energien tun sich durchaus zukunftsversprechende Ansatzpunkte einer verstärkten Kooperation auf: Das Umweltministerium unterstützt bereits baden-württembergische Unternehmen bei der Prüfung einer Beteiligung am Projekt „Helios“. Daraus entsteht eine Win-Win- Situation, von der beide Seiten profitieren werden:

In Griechenland scheint die Sonne an 300 Tagen im Jahr. Mit dem staatlichen Solarstromprojekt will das Land mittelfristig 15 Milliarden Euro ins Land holen und 60.000 Jobs schaffen.

10.000 Megawatt Strom soll Helios einmal erzeugen, nur 1000 davon will das Land selber nutzen, der Rest soll in Länder wie Italien, Deutschland und Luxemburg exportiert werden.

Griechenland fehlt bislang die Infrastruktur, um gewinnbringend ins Solargeschäft einsteigen zu können. Hier liegt aber ein großes Potenzial für den Klimaschutz und für nachhaltiges Wachstum.

Aktuell produziert Griechenland 80 % seines Stroms vor allem aus Gas, Braunkohle und Öl, das es nahezu komplett für teure Euro importieren muss. Der größte heimische Energiekonzern DEI ist als Umweltverschmutzer verrufen. Die Potenziale der Solarstromerzeugung liegen da doch auf der Hand!

Das Thema Energie spielt eine entscheidende Rolle für die **wirtschaftliche und soziale Stabilisierung** Griechenlands. Wenn wir die griechische Wirtschaft dabei unterstützen, alte Ölkraftwerke abzuschalten und die Solarenergie aufzubauen, würde das eine verlässliche Einnahmequelle erschließen, die Importkosten reduzieren und die CO2-Bilanz Griechenlands **erheblich** verbessern.

Wie unsere Erfahrungen mit Frankreich und Polen zeigen, könnten auch Partnerschaften baden-württembergischer Städte und Gemeinden wichtige Impulse für die Entwicklung der Städte und Kommunen Griechenlands geben. Nur gibt es in Griechenland davon erstaunlich wenige.

Städtepartnerschaften könnten hier einen wichtigen Impuls für Know-How-Transfer und finanzielle sowie technische Unterstützung setzen. Vor allem, wenn wir die griechische Diaspora bei uns in Baden-Württemberg betrachten, liegt hier ein großes Potenzial, das wir unterstützen können.

Immerhin leben ca. 83.000 Griechen in baden-Württemberg. Städtepartnerschaften sind ein Beitrag zum Zusammenwachsen Europas. Sie stärken die interkulturelle Kompetenzen der Zivilgesellschaft, die demokratischen Strukturen und sind gelebte

Solidarität. Themenorientierte Netzwerke können Leuchtturmprojekte vermitteln und Erfahrungen im sozialen Bereich, in der Stadtentwicklung oder im lokalen Klima- und Umweltschutz austauschen.

Partnerschaftsinitiativen lassen sich aber nicht von oben nach unten verordnen. Sie müssen **vor Ort** entstehen.

Wir könnten aber beim Brücken bauen **mithelfen**.

Vielleicht sind die vielen Griechen, die keine Zukunft mehr in ihrem Land sehen und in der Krise verstärkt auch zu uns nach Baden-Württemberg auswandern, ein Ansatz für neue Partnerschaften. Von 2010 auf 2011 stieg die Zahl der zu uns eingewanderten Griechen um 71 Prozent. Viele davon sind gut ausgebildete Ingenieure, Handwerker, Facharbeiter, Ärzte, Juristen.

Wie wäre es, wenn wir gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden, den griechischen Organisationen und Netzwerken und mit dem Steinbeis Europazentrum oder dem Euro-Institut Kehl ein Programm entwickeln, mit dem diese Fachkräfte perspektivisch Anreize bekommen; um zum Beispiel den Aufbau einer funktionierenden Steuerverwaltung, Gesundheitsversorgung, Korruptionsbekämpfung, aktiv und vor Ort mitzugestalten.

Aristoteles hätte hierzu gesagt:

„Der Anfang ist die Hälfte des Ganzen.“ Aristoteles (384-322).

Lassen Sie uns auf allen Ebenen in Baden-Württemberg **anfangen**, auch mit Griechenland mehr zu kooperieren,
damit Europa ein Ganzes wird.